

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 4 / April 2009 · Ausgabe Berlin / Brandenburg

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: kontakt@sovde.de

Stimmen für den Mindestlohn

Bündnis soziales Deutschland
fordert Politik gegen Armut

Seite 3

Behandlung beim Facharzt nur gegen Vorkasse?

Tipps für betroffene
Patientinnen und Patienten

Seite 6



Foto: priamos/photocase

Kampf um den Meistertitel

Bundesliga im Blindenfußball
startet in die zweite Saison

Seite 7

Behinderte Kinder haben ein Recht auf bessere Bildung Chancengleichheit an deutschen Schulen!

In Deutschland lernen Schüler mit und ohne Behinderung getrennt voneinander. Während viele Kinder zwischen verschiedenen Schulformen wählen können, ist die Mehrheit der Eltern behinderter Kinder gezwungen, diese auf eine Förderschule zu schicken. Die Betroffenen erleben diese Form der Ausgrenzung als belastend. Zudem bleiben mehr als drei Viertel der Förderschüler ohne einen anerkannten Schulabschluss zurück.

Seit Langem setzt sich der SoVD für das Modell der Inklusion ein – für das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung. Auf diese Weise wird neben dem Inhalt des Lehrplans schon früh auch soziale Kompetenz vermittelt. Die Kinder erleben im Umgang miteinander Beeinträchtigung nicht als Makel, sondern als Teil des gesellschaftlichen Alltags. Den Ansatz des gemeinsamen Lernens verfolgt auch die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN), welche 2008 von Deutschland ratifiziert wurde. Deren Umsetzung hat Mitte März der SoVD in einer viel beachteten Pressekonferenz vor zahlreichen Medienvertretern angemahnt.

Der Präsident des SoVD, Adolf Bauer, forderte ein klares Bekenntnis der Politik zu einem inklusiven Bildungssystem, in welchem der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern nicht länger die Ausnahme darstellt: „Wir müssen ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür schaffen, dass die Ausgrenzung von Schülern in Sondersystemen der falsche Weg ist. Ein Weg, der den Kindern Chancen ver-



Foto: Borrs

An der Rothenburg-Grundschule in Berlin lernen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam. Gegenseitige Akzeptanz gehört damit ebenso zum Alltag der Schüler wie Mathematik, Deutsch oder Erdkunde.

baut, sie abstempelt und sozial isoliert.“ Bisher beschreitet Deutschland im europäischen Vergleich noch immer einen Sonderweg: Während in Großbritannien, Portugal und Schweden über 90 Prozent der Schüler mit Förderbedarf an Regelschulen unterrichtet werden, ist dieses Verhältnis im bundesdeutschen Schulsystem nahezu umgekehrt – hier liegt die Zahl bei 15,7 Prozent. Das bedeutet, dass fünf von sechs Kindern mit einer Behinderung an sogenannten Förderschulen unterrichtet werden. Der Besuch dieser

früher als „Sonderschulen“ bezeichneten Einrichtungen bedeutet für die Betroffenen fast immer lange Fahrtwege und dadurch eine Herauslösung aus ihrem näheren sozialen Umfeld. Sie können keinen Kontakt zu Spielkameraden aus der Nachbarschaft aufbauen, die meist eine nahegelegene Regelschule besuchen. Schlimmer noch: Für ihren Lebensweg erweist sich der Besuch der Förderschule als Sackgasse; über drei Viertel von ihnen bleiben ohne einen anerkannten Schulabschluss zurück.

SoVD-Präsident Bauer machte deutlich, dass hierfür das System gesonderter Schulen für behinderte Kinder verantwortlich zu machen sei, keinesfalls aber die engagierte Arbeit vieler Pädagogen an den einzelnen Förderschulen. Bestehen bleibe jedoch das grundsätzliche Problem, dass getrennt unterrichteten Kindern die Möglichkeit genommen werde, voneinander zu lernen. Bauer verwies auf die Ergebnisse entsprechender Studien: „Leistungsstarke Kinder werden

Fortsetzung auf Seite 2

Blickpunkt

Nach den massiven Leistungskürzungen der letzten Jahre können die Rentnerinnen und Rentner für 2009



erstmals wieder mit einer Steigerung ihrer Kaufkraft rechnen, denn die Preissteigerungsrate wird voraussichtlich unter den Anpassungssätzen von 2,41 Prozent (West) bzw. 3,38 Prozent (Ost) liegen. Der Wertverfall der Renten von mehr als 10 Prozent in den letzten fünf Jahren wird damit jedoch nur zu einem sehr geringen Teil ausgeglichen. Vor allem aber der Blick in die Zukunft trübt die Freude über den Kaufkraftgewinn, denn in den kommenden Jahren sind erneut Nullrunden zu befürchten. Gründe hierfür sind die abgeschwächte Konjunktur sowie Anpassungskürzungen durch das Wiedereinsetzen des Riester-Faktors ab 2010 und das Inkrafttreten des Nachholfaktors ab 2011. Die Politik ist daher aufgefordert, den SoVD-Forderungen nachzukommen und diese beiden Kürzungsfaktoren endlich abzuschaffen. Die Rentnerinnen und Rentner brauchen keine Einmalaktionen im Wahljahr, sondern verlässliche Rentenanpassungen, die ihren Lebensstandard für die gesamte Dauer des Rentenbezugs sichern.

**Klaus Michaelis,
Vorsitzender
Sozialpolitischer Ausschuss**

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Pflegerechten-Risikoversicherung*

- Beitrittsalter 18-80 Jahre
- Wahl der monatlichen Pflegerente von 150,- Euro bis 1.000,- Euro
- Im Pflegefall nach dem 3. Versicherungsjahr lebenslange Leistung
- Leistung bereits ab Pflegestufe 1
- bei Pflegefall durch Unfall sofortige Leistung
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles

*Voraussetzung ist eine SoVD-Sterbegeld-Vorsorge

Haben Sie Interesse?: Tel.: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation
für Verbandsgruppenversicherungen

HAMBURG
MANNHEIMER

Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.

Horst Köhler: Die Krise ist eine Bewährungsprobe für die Demokratie.

In seiner „Berliner Rede“ fordert Bundespräsident Horst Köhler eine neue Weltordnung. Hier einige Auszüge:

„Jetzt sind die großen Räder gebrochen, und wir erleben eine Krise, deren Ausgang das 21. Jahrhundert prägen kann. Ich meine: zum Guten, wenn wir aus Schaden klug werden.“

„Auch im Vorfeld einer Bundestagswahl gibt es aber keine Beurlaubung von der Regierungsverantwortung. Die Bevölkerung hat gerade in der Krise den Anspruch darauf, dass ihre Regierung geschlossen handelt und Lösungen entwickelt, die auch übermorgen noch tragfähig sind. Die Krise ist keine Kulisse für Schaukämpfe. Sie ist eine Bewährungsprobe für

die Demokratie insgesamt.

„Das Auftürmen von Finanzpyramiden wurde für viele zum Selbstzweck, insbesondere für sogenannte Investmentbanken. (...) Was vielen abhanden gekommen ist, das ist die Haltung: So etwas tut man nicht. Bis heute warten wir auf eine angemessene Selbstkritik der Verantwortlichen. Von einer angemessenen Selbstbeteiligung für den angerichteten Schaden ganz zu schweigen.“

„Wir haben uns eingeredet, permanentes Wirtschaftswachstum sei die Antwort auf alle Fragen... Jetzt erleben wir, dass es der Markt allein nicht richtet. Es braucht einen starken Staat, der dem Markt Regeln setzt und für ihre Durchsetzung sorgt.“